

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Elb-Druckerei Nr. 24.202
Elb-Druckerei Nr. 24.202

mit Loschwitzer Anzeiger

Verlag: Elb-Druckerei, Dresden, Elb-Druckerei Nr. 24.202
Verlag: Elb-Druckerei, Dresden, Elb-Druckerei Nr. 24.202

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Dörfer.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elb-Druckerei und Verlagsgesellschaft Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für den Inhalt: Carl Drach, für den Verlag: Eugen Berner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Werte, Radio-Zeitung, ...
Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
88. Jahrgang

Nr. 41

Donnerstag, den 18. Februar

1926

Auch Amerika verstärkt seine Rüstungen

Deutschland soll wehrlos bleiben - 5 Millionen Mark für Sportzwecke - Der mit der ungarischen Frankfällcher Affäre in Verbindung stehende Deutsche Arthur Schulze verhaftet - Sächsische Lehrer für Wiedereinführung des Zuchtungsrechtes in der Schule

Strefemann und Drummond handelseinig

Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Drummond hat am Mittwoch nachmittag die Verhandlungen mit dem Reichsaussenminister Dr. Strefemann beendet und ist am Abend von Berlin abgereist. Gegenüber Pressevertretern äußerte Drummond die zuverlässigste Auffassung, daß alle diplomatischen Zwischenfälle hinsichtlich der Vertretung Deutschlands im dem Völkerbundrat nunmehr als erledigt angesehen werden dürfen.

(Die Parteiführer sollen informiert werden.)

Aus politischen Kreisen hören wir, daß der Reichsanwalt beabsichtigt, die Parteiführer über die Verhandlungen mit Drummond zu unterrichten. Die Regierung wird gleichzeitig ihren Standpunkt über die Anteilung der Ratsitze darlegen.

Die „Größen“ gehen nach Gent

Die wir aus diplomatischen Kreisen erfahren, werden die führenden Staatsmänner der alliierten Mächte Chamberlain, Briand und Vandervelden an der bevorstehenden Märztagung des Völkerbundsrates vollzählig teilnehmen, so daß außerhalb der Tagesordnung auch wichtige politische Besprechungen stattfinden werden. Ob der italienische Ministerpräsident Mussolini sich an dem feierlichen Akt der Aufnahme Deutschlands beteiligen wird, ist noch unbestimmt.

Polnische Vorstellungen in London

Der polnische Gesandte in London hat bei der englischen Regierung einen Schritt unternommen, um die polnischen Ansprüche auf einen Sitz im Völkerbundrat in ausdrücklicher Form zur Sprache zu bringen. Aus diesem polnischen diplomatischen Schritt geht hervor, daß die polnische Diplomatie nach wie vor bemüht ist, den Streit um die Völkerbundsätze weiter zu verfolgen und die Intrigen gegen Deutschland fortzuführen.

Zustizdebatte im Reichstag

Die gestrige Debatte über den Haushalt des Reichsjustizministeriums hat leidenschaftliche Auseinandersetzungen über die deutsche Rechtspflege entfesselt, bei denen die Linksparteien heftige Angriffe gegen die deutsche Justiz, insbesondere gegen den Richterstand, richteten. War es tags zuvor der sozialdemokratische Redner Dr. Levi, der durch schwere Vorwürfe gegen den deutschen Richterstand den Reichsjustizminister Dr. Marx dazu zwang, in die Debatte einzutreten, so setzte gestern der kommunistische Redner, der frühere Thüringische Justizminister Professor Dr. Korsch, die Offensive gegen die sogenannte „Justizschand“ in Deutschland fort. Die maßlose Schärfe, mit der der kommunistische Redner namentlich über die Frage der angeblich einseitigen monarchistischen Einstellung der deutschen Richter bei den Entscheidungen über die Parteienabfindungen sprach, rief bei den bürgerlichen Parteien kühnste Urube hervor.

Auch der Vorsitzende der Demokraten, Dr. Haas, richtete eine sehr scharfe Kritik gegen die Art und Weise, wie einzelne Richter in Deutschland bei der Führung politischer Prozesse vorgehen. Er bezeichnete es als ein skandalöses, unerhörtes Unternehmen, daß in den berüchtigten Gememordprozessen die Ge-

Der Traum von der Abrüstung

Auch Amerika hat ausgeträumt

Nach einer äußerst erregten Debatte bewilligte der Senat in Washington die neuen Vorlagen für die Land- und die Seestreitkräfte. Es handelt sich um Ausgaben in Höhe von insgesamt 605 Millionen Dollar. Davon entfallen 321 Millionen auf die Flotte und 300 Mill. auf das Landheer. Hinzu kommen voraussichtlich noch, auf fünf Jahre verteilt, hundert Millionen für Ergänzungsrüstungen im Flugwesen. Als besondere Neubauten werden zwei Reppelne erwähnt, die dreimal größer sein sollen als die „Ebenandob“, ferner ein Schulschiff, tauchende Flugzeuge. In der Debatte erinnerte die Opposition daran, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1912 nur 126 Millionen und 1916 nur 164 Millionen Dollar für die Flotte hergaben, während sie jetzt mit den vorgeschlagenen 321 Millionen

die Marineausgaben Englands übertrifft.

Man soll die moralische Wirkung und deren praktische Folgen, die sich aus diesem Beschluß der Union ergeben, in nicht unterschätzen. Das Land, das sich bisher an die Spitze der Entwaffnungsbewegung gestellt hatte, die einzelne Großmacht, die wirklich praktisch etwas für die

Abrüstung getan hat, kehrt also auf die alte ausgefahrene Straße der erhöhten Militärbudgets zurück.

Und was tut Deutschland?

Es treibt eine ganz kurzfristige Sparpolitik, indem es an dem knapp genug bemessenen Heeres- und Marine-Etat noch Millionen-Absätze vornimmt.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte bei der Beratung des Marine-Etats die schon beim Wehretat vorgenommene Herabsetzungsbearbeitung fort. So wurden die Uebungsgelder für die Marineteile am Lande, die in Höhe von 214.800 Mark in den Etat eingestellt waren, um 50.000 Mark verfürzt, desgleichen die Ausgaben für Geschütz- und Landstreichungen. Neben kleineren Streichungen wurden bei den fortbauenden Ausgaben für den allgemeinen Werkstoff- und Arsenalbetrieb 15 Millionen Reichsmark gestrichen. Der Etatstiel für Beschaffung und Unterhaltung der Munitionsbestände wurde um 250.000 Mark verfürzt. Die für die Herrichtung eines alten Panzerschiffes zum ferngelegenen Reichsschiff im Etat vorgesehene Summe von 2.300.000 M. wurde um eine ganze Million verfürzt. Danach wurde der Etat der Reichsmarine verabschiedet.

Eine sensationelle Verhaftung

Schulze stellt sich der Polizei

Der in der ungarischen Frankfällcher Affäre vielgenannte deutsche Staatsbürger Arthur Schulze, der bei den Aktionen des Prinzen Windischgrätz eine hervorragende Rolle gespielt haben soll, ist von der Berliner Kriminalpolizei, die seinen Aufenthalt in den letzten Tagen ermitteln konnte, in Ost genommen worden, nachdem er sich selbst der Polizei gestellt hatte. Wie wir hören, wird Schulze vorläufig so lange in Haft gehalten werden, bis die Frage des Auslieferungsbegehrens geklärt ist. Vorläufig ist die Auslieferungsbefehle weder von ungarischer noch von französischer Seite offiziell aufgeworfen worden. Eine Abreise Schulzes durch deutsche Gerichte kommt deswegen nicht in Betracht, da die Straftaten nicht in Deutschland begangen worden sind.

Die erste Vernehmung

Bei seiner Vernehmung gab Schulze u. a. an, daß 1923 Prinz Windisch-Grätz an ihn herangetreten sei mit dem Angebot, bei der Frankfällcher Affäre mitzuwirken, die der ungarische Prinz als

eine rein politische Tat

richte einfach die Öffentlichkeit auszusprechen und damit die Bloßstellung dieser gemeinsamen Elemente zu verhindern.

Der volksparteiliche Abgeordnete Professor Dr. Kahl griff nochmals in die Debatte ein,

lennzeichnete, die von der ungarischen Regierung begünstigt würde. Diese Angaben des Prinzen erwiderte Schulze um so glaubhafter, als er feststellte, daß der Chef der ungarischen Landespolizei diese Fälschung unterläge. Erst als er bemerkte, daß Windisch-Grätz nicht über genügend Mittel verfügte, um die Aktion durchzuführen, schloß er Verdacht. Das entging den ungarischen Persönlichkeiten nicht und er wurde deshalb wie ein Gefangener gehalten. Erst im November 1923 gelang es Schulze, nach Berlin zu entkommen. Sein Aufenthalt in Budapest hat etwa vier Wochen gedauert. Er behauptet, daß während seiner Anwesenheit nur

photographische Aufnahmen echter Frankenschne

gemacht wurden, und daß er zur Fälschung selbst während seiner Anwesenheit nicht mehr gekommen ist. Seit jener Zeit, die über zwei Jahre zurückliegt, will Schulze keine Verbindung mit den ungarischen Frankfällchern gehabt haben. Selbstverständlich ist eine eingehende Prüfung der Angaben des Verhafteten notwendig.

um gegen die Vorwürfe der Linksparteien Stellung zu nehmen. Allmählich geriet die Debatte in ruhige Bahnen, so daß irgendwelche Zwischenfälle nicht zu verzeichnen waren.

Sparbarkeit

Allmählich wird es jedem klar und klarer, daß das deutsche Volk zur äußersten Sparbarkeit gezwungen ist, weil wir durch den Krieg und die Inflation ein armes Land geworden sind; Versailles Friedensvertrag und Dawes-Abkommen laiten schwer auf der deutschen Gesamtwirtschaft, so daß man bisweilen schier verzweifeln könnte ob der gewaltigen Schäden, die uns andauernd zugefügt werden. Also heißt das Gebot der Stunde um so mehr: Sparen und nochmals sparen! Aber es gibt eine richtige Sparbarkeit und eine verkehrte Sparbarkeit. Nicht immer bedeutet die Anklammerung von Mitteln oder Berlin Sparbarkeit im volkswirtschaftlichen Sinne, und ebensowenig kann in vielen Fällen von Verschwendung gesprochen werden, wenn die Ausgaben auch einen beträchtlichen Umfang annehmen sollten. Die Grenzen zwischen richtiger und verkehrter Sparbarkeit zu ziehen, wird nicht immer ganz leicht sein. Der Versuch dazu muß jedoch unternommen werden, weil sonst weitere Verwirrung und damit auch weiterer Schaden entstehen könnte.

Volkswirtschaftlich, d. h. nicht aber privatwirtschaftlich gesehen, liegt dann Sparbarkeit vor, wenn in der gesamten Wirtschaft mehr hervorgebracht wird, als die Konsumenten des Produktionsgebietes verbrauchen, d. h. mit anderen Worten, wenn die gesamte deutsche Produktion sich höher stellt als der gesamte deutsche Verbrauch. Es kann also beispielsweise eine solche volkswirtschaftliche Sparbarkeit schon darin erblickt werden, daß in der Binnenwirtschaft größere Ausgaben gemacht werden. Je stärker nämlich der Konsum im Lande selbst ist, soweit dabei Güter in Betracht kommen, die das Inland von Anfang bis zu Ende selbst herstellt, desto mehr Beschäftigung finden die Arbeitnehmer, und um so weniger ist der Sozialetat mit der Erwerbslosenunterstützung belastet. Auch eine erhöhte Rohstoffeinfuhr aus dem Ausland, die dann mit vermehrten Ausgaben an das Ausland notgedrungen verknüpft sein muß, bedeutet durchaus keine Verschwendung, sondern führt zur Sparbarkeit insofern, als durch die Verarbeitung zu Fertigfabrikaten einerseits ebenfalls mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden können und andererseits durch die Veredelungsarbeit ein Mehr erzielt wird, das sich schließlich in der gesteigerten Ausfuhr ausdrückt.

Was die eigentliche Sparbarkeit in dem einzelnen Sichten der Bevölkerung betrifft, so muß unbedingt das Bestreben gefördert werden, einen gewissen Teil des Einkommens, soweit das im Rahmen der Lebensnotwendigkeiten möglich ist, als Ersparnisse zurückzulegen. Das darf allerdings nicht, wie oben schon bemerkt, dazu führen, Ausgaben zurückzustellen oder erheblich einzuschränken. Die sonst für die reinen Existenzbedürfnisse gemacht werden; andererseits würde die gegenwärtig schon (schwierige) kleine Geschäftstätigkeit noch härter lahmgelegt und die Erwerbslosigkeit bis ins Unerträglichste gesteigert werden. Also demnach wäre zunächst das Notwendige zu beschaffen, dann hat das Nützliche jene Verlässlichkeit zu erfahren und schließlich kann im Rahmen des Möglichen darüber hinaus das Luxusbedürfnis befriedigt werden. Das ist ja nämlich gerade der verhäng-